

# „Preußen muß sein!“

Jakob Kaiser und die deutsche Einheit / Von Werner Conze

## 1. Fortsetzung

Der Konflikt zwischen dem Berliner CDU-Führer Jakob Kaiser und seinem rheinischen Gegenspieler Adenauer hatte sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1946 mehr und mehr verschärft, nachdem Kaiser immer deutlicher seinen Appell zur Überbrückung der west-östlichen Gegensätze formuliert und damit die einseitige Bindung an den Westen verworfen hatte.

Zum offenen Ausbruch kam der Streit, als sich führende Christdemokraten im Februar 1947 zu einer Tagung in Königstein (Taunus) trafen.

Adenauer erwartete sich von dieser Zusammenkunft nur die Bildung einer interzonalen Arbeitsgemeinschaft der Union. Die Berliner — und mit ihnen eine Gruppe um den CSU-Vorsitzenden Josef Müller sowie die hessische CDU — wollten mehr: Schon jetzt sollten sich arbeitsfähige Ausschüsse für die Gesamt-CDU konstituieren, vor allem ein verfassungsrechtlicher, ein wirtschafts- und sozialpolitischer und ein außenpolitischer Ausschuss.

Als Adenauer am 5. Februar etwas verspätet in Königstein eintraf, hatte sich diese auf engeren Zusammenschluß einer gesamtdeutschen Partei zielende Richtung bereits durchgesetzt. Eine „Arbeitsgemeinschaft für ganz Deutschland“ war beschlossen, die Wahl ihres Vorstands festgelegt worden. Darüber hinaus hatte man sich geeinigt, sogleich auch die drei genannten Ausschüsse ins Leben zu rufen.

© W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart.

Demgemäß wurden der Darmstädter CDU-Politiker Heinrich von Brentano für den verfassungspolitischen Ausschuss, der Kaiser-Freund Johannes Albers für den wirtschafts- und sozialpolitischen Ausschuss gewählt.

Hatte Adenauer sich auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet nachgiebig gezeigt, so ging er in der aktuellen Hauptfrage, der Außenpolitik, zum Angriff über. Da auch für Kaiser die Deutschland-Politik im internationalen Zusammenhang an erster Stelle stand, mußte es nach dem Eintreffen Adenauers unvermeidlich zum Zusammenstoß kommen.

Noch in Abwesenheit Adenauers war die Frage der Außenpolitik erörtert worden. Jakob Kaiser trat mit einer grundsätzlichen Stellungnahme hervor, in der er die Bedeutung Berlins hervorhob. Nur in Berlin gebe es die Beziehung zum Alliierten Kontrollrat, zu ausländischen Militärmissionen, diplomatischen Vertretungen und nicht zuletzt zur ausländischen Presse.

Er, Kaiser, müsse in Berlin für die gesamte Union sprechen können, da er über wichtige Beziehungen zu allen vier Alliierten verfüge. Berlin sei allen Zonen gegenüber im Vorteil. Denn: „Jeder Zone wird von der jeweiligen Besatzungsmacht ein bestimmtes Gesicht aufgepreßt. In Berlin aber, wo die vier Auffassungen der Alliierten aufeinanderstoßen, kann sich der Deutsche am freiesten ausdrücken.“

Als im Plenum über eine außenpolitische Resolution beraten wurde, kam es lediglich zu einer kurzen Diskussion

über den im Hintergrund stehenden Hauptgegensatz. Bei der Formulierung des Gedankens einer „Europäischen Gemeinschaft“ wiesen die Vertreter Berlins und der Ostzone darauf hin, daß Europa nicht „Block-Bildung“ heißen dürfe und daß „für die Erhaltung Deutschlands nur eine solche europäische Gemeinschaft möglich ist, die nicht im Gegensatz zu Rußland steht“.

Nachdem bis zu diesem Punkt alles befriedigend verlaufen war, wurde die mühsam erreichte Atmosphäre des guten Willens durch Adenauer zerstört, als die Personalfragen entschieden werden sollten. Gleich zu Beginn der Aussprache gab Adenauer den Vorsitz ab und setzte sich ostentativ zu den übrigen Vertretern der britischen Zone. Von dort aus kamen von nun an — offensichtlich vorbereitet — scharfe Angriffe in schneller Folge.

Es war vorgeschlagen worden, daß jede Zone zwei Vertreter für den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft stellen sollte. Mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse im Osten sollten die Sowjetzone und Berlin zusammen drei Stellen besetzen. Der Adenauer-Anhänger Carl Schröter (Kiel) eröffnete die Reihe der Vorstöße mit der Frage, worauf der „Sonderanspruch der russischen Zone“ beruhe.

Kaiser replizierte, ob man denn meine, daß Berlin ein Teil der russischen Zone sei. Als dies durch Zuruf verneint wurde, fuhr Kaiser fort: „Wer von Ihnen weiß denn etwas von dem Kampf, den Berlin mitten in der russischen Zone führen muß, und von den



Einheits-Verfechter Kaiser in Ost-Berlin (1947): Für die Erhaltung Deutschlands Moskaus Freundschaft gesucht



Kaiser-Anhänger **Lemmer**  
„Das Gift des Mißtrauens ...“

unendlichen Anstrengungen, die dieser Kampf täglich für Deutschland erfordert?“ Berlin brauche die Rücken- deckung und fordere Anerkennung. Kaiser: „Kommen Sie einmal nach Berlin, dann werden Sie sehen, daß die Weltenuhr anders steht, als es in Kö- nigstein aussieht.“

Schröter lenkte daraufhin ein, und der Vorstand wurde ohne weitere Auseinandersetzungen gebildet: für die britische Zone Adenauer und Friedrich Holzapfel, für die amerika- nische Erich Köhler und Müller, für die französische Zone wurden Ulrich Steiner (Laupheim) und Peter Alt- meier hinzugezogen. Für Berlin und die Sowjetzone traten Kaiser, sein Stellvertreter Ernst Lemmer und der sächsische CDU-Vorsitzende Hugo Hickmann ein.

Als es zur Besetzung des außenpoli- tischen Ausschusses kam, schlug der Münchner CSU-Politiker August Haußleiter sofort den ehemaligen Bot- schafter von Prittwitz und Gaffron vor, worauf Lemmer die Kandidatur Kaisers dagegensetzte. Es könne doch, meinte Lemmer, nur zwei Einwände gegen die Kandidatur Kaisers geben: entweder sein Wohnsitz Berlin oder seine Persönlichkeit. Gegen Berlin könne im Ernst nichts eingewendet werden, denn es sei „nun einmal unser Berührungspunkt mit der Welt“. Gegen Kaiser als Person könne gleich- falls sachlich nichts eingewandt wer- den, da ihn alle kannten und über sei- ne Integrität kein Zweifel bestehen könne.

Lemmer schloß, erregt und verletzt: „Verstehen Sie denn nicht, wie niederreißend für uns jedes Mißtrauen gegen Personen ist, die aus der östli- chen Zone stammen? Und wir wissen, daß Mißtrauen am Werk ist: Mißtrau- en, Vorwürfe, Anschuldigungen.“

Diese Worte wirkten aufreizend. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsi- dent Theodor Steltzer begann mit de-

taillierten Anschuldigungen, die „Grund zum Mißtrauen“ gäben. Er hob zunächst die Arbeit des von den Rus- sen vertriebenen ersten Ost-CDU- Vorsitzenden Andreas Hermes hervor, die „innerhalb der britischen Zone ge- gen die Union der britischen Zone ge- richtet“ sei. Ferner suchte er einen „Fall Klöcker“ aufzudecken. Der Ber- liner CDU-Mann Alois Klöcker spiele, mit einem Empfehlungsschreiben Kai- sers versehen, die Rolle eines Mittels- mannes zu Politikern des Zentrums, also gegen die Union.

Kaiser „dankte“ für dieses offene Aussprechen von Fällen, „die hier of- fenbar eine Rolle spielen“. In Berlin habe man allerdings „wenig Zeit für Klatsch und Tratsch“. Im einzelnen berichtigte er sodann in aller Klarheit, Hermes habe lediglich für den Aufbau einer bäuerlichen Genossenschaftsbe- wegung, die im übrigen politisch nütz- lich sei, Geld erhalten. Mit Tätigkeit



Kaiser-Gegner **Adenauer**  
... das hier verspritzt wird ...

und Methoden von Hermes sei er, Kaiser, ebenfalls nicht einverstanden. Das alles aber gehöre nicht in öffent- liche Versammlungen, wie das durch Adenauer geschehen sei.

Noch leichter fiel für Kaiser der „Fall Klöcker“ zusammen. Klöcker habe keinerlei politische Bedeutung und habe keine Aufträge, lediglich ein Empfehlungsschreiben für eine Reise nach dem Westen wegen Studien zu Wahlrechtsfragen erhalten. Kaiser habe dies auf die Bitte von Freunden als Hilfeleistung getan, ohne Klöcker persönlich zu kennen.

Als schließlich alle Vorwürfe sich als null und nichtig herausgestellt hatten, erklärte Adenauer, daß die Fälle Her- mes und Klöcker mit der Besetzung des Auswärtigen Ausschusses nichts zu tun hätten. Es gehe einfach darum, daß Prittwitz als „ausgezeichneter Fach- mann“ die Stelle einnehmen müsse. Außerdem stehe Kaiser in Berlin unter

Druck der Alliierten; er könne sich daher nicht frei genug bewegen.

Als Adenauer dazu erklärend eine Bemerkung über die Atmosphäre in Berlin machen wollte, fiel ihm der Berliner Sozialpolitiker Otto von der Gablentz ins Wort: „Woher wissen Sie das?“ Und weiter, nach Adenauers Be- teuerung, er wisse dies aus vielen Be- richten: „Sehen Sie sich erst selbst einmal Berlin an, ehe Sie urteilen!“

Darauf Adenauer: „Wollen Sie mich provozieren?“

Von der Gablentz: „Jawohl, wenn Sie es so nennen.“

Adenauer: „Nun gut, wenn Sie mich provozieren wollen, so werde ich Ihnen von einem Stammtisch erzählen, an dem die Herren der CDU in Berlin schon wieder über die Aufstellung der Schwarzen Reichswehr beraten.“

In die Erregung rief Hermann Katzenberger, Verlagsdirektor des Ost- Berliner CDU-Organs „Neue Zeit“: „Nach diesem Vorgang muß der Vor- stand sofort zusammentreten. Das Gift, das hier von dritter und vierter Seite verspritzt worden ist, darf nicht weiterfressen.“ Adenauer konnte nur noch hineinrufen, daß er seinen Ge- währsmann schriftlich zu nennen be- reit sei. Lemmer aber trat der „Stamm- tischgeschichte“ sofort mit größter Schärfe entgegen; sie entbehre jeder Grundlage: „Ich muß verlangen, daß Sie diese Erklärung glauben, sonst könnten wir uns heute abend noch trennen.“

Lemmer kam auf das eigentliche Thema zurück und faßte zusammen: „Wo der Schwerpunkt der Besat- zungsmächte liegt, dort muß auch der Schwerpunkt des Auswärtigen Aus- schusses liegen.“ Adenauer suchte demgegenüber Kaiser für die bean- tragte Stellung als ungeeignet er- scheinen zu lassen. Kaiser stehe nun einmal unter stärkerem Druck als ein Mann aus dem Westen oder Süden. Das bedeutete noch einmal, daß er



Adenauer-Anhänger **Steltzer**  
... darf nicht weiterfressen“

**Ich kenne kein  
Sodbrennen  
Magendruck  
Völlegefühl**



**Hasten, jagen, zu schnell essen führt  
zu überschüssiger Magensäure**

**Rennie**  
schützt Ihren Magen

**Ob  
zinsgünstige  
Darlehen oder  
Vermögensbildung**

**Auf alle Fälle  
bausparen bei DBS**

Deutsche Bausparkasse (DBS) eGmbH  
61 Darmstadt, Heinrichstr. 2  
Tel. 06151/26781



Unsere über 40jährige Erfahrung im Bauspar- und Finanzierungsgeschäft ist Garant für eine fachmännische und individuelle Beratung. Hier auf sind wir mit Recht stolz. Machen auch Sie einen Versuch. Senden Sie den anhängenden Gutschein ein.

Die DBS kann Geldanlegern und Darlehensnehmern etwas bieten.

Zwei maßgeschneiderte Tarife

**I. TARIF 4 1/2% Darlehenszinsen**  
(2 1/2% Guthabenzinsen)

**II. TARIF 3% Guthabenzinsen**  
(5% Darlehenszinsen)

Wohnungsbauprämie bis zu DM 946,-. Anlage Ihrer vermögenswirksamen Leistungen.

**GUTSCHEIN** 11/70

für die kostenlose Übersendung unseres Sonderprospektes „Der sichere Weg“

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_ Straße: \_\_\_\_\_

Kaiser für unerwünscht hielt, da er ihn unter russischem Einfluß stehen sah.

Schließlich wurde beschlossen, den Vorstand sofort zur Klärung der Frage zusammentreten zu lassen. In dieser Sitzung des Vorstandes wurden zwar die „Fälle“ Hermes und Klöcker als „erledigt“ zur Seite gelegt, andererseits aber durchgesetzt, daß auf einen Auswärtigen Ausschuß vorläufig verzichtet werden sollte. Das Plenum beschloß dann, in München unter Pritt-witz eine „Außenpolitische Informationsstelle“ einzurichten, die nur Material sammeln, aber keine verbindlichen Erklärungen abgeben sollte.

In der entscheidenden Frage aber hatte Adenauer gesiegt. Kaiser als unerwünschter Rivale und Berlin als gefährlicher Ort gesamtdeutscher Tendenzen und möglicher russischer Einflüsse waren außenpolitisch für die

seit der Pariser Außenministerkonferenz des Sommers 1946 zunehmend aufgedrängt.

Der stellvertretende SED-Vorsitzende Walter Ulbricht hatte schon am 12. September 1946 einen gesamtdeutschen Partenausschuß gefordert, der Vorschläge vorlegen sollte, die auf längere Sicht zu einer „vorläufigen deutschen Reichsregierung“ führen konnten. Das „Neue Deutschland“ stellte am 1. Januar 1947 die Alternative: Entweder werde aus dem „Friedensvertrag“ das „eine unteilbare Deutschland“ hervorgehen oder die bloße Föderation mit Churchills „Vereinigten Staaten Europas“.

Die östliche Aktivität steigerte sich, je näher die Konferenz rückte. Nachdem Marschall Wassilij Sokolowski, der sowjetische Militärgouverneur, auf der Kontrollratsitzung am 28. Febru-

# NEUE ZEIT

2. JAHRGANG 1947  
NUMMER 24

TAGESZEITUNG DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UNION DEUTSCHLANDS  
BERLIN, FREITAG, DEN 7. MÄRZ 1947

PREIS 16 PfG.  
AUSWÄRTS 20 PfG.

## Eine Deutsche Nationalversammlung

Jakob Kaiser auf der Kundgebung der Parteien der Ostzone bei der Leipziger Messe

## Die Frau und der Friede

„Wo Männer die Priester sind, wird sich das Land heilighen.“

Reinhold Schneider

Von unserem Kassenberichterstattung  
Hr. Leipzig, 5. März.  
Während die weitere Entwicklung auf die bevorstehende Leipziger Messe hinzielt, sind die Verhandlungen mit den Vertretern der Ostzone im Gange. Die Verhandlungen sind von großer Wichtigkeit, da sie die Grundlage für die weitere Entwicklung der deutschen Nation bilden werden.

Interessante Politik ist nunmehr für Deutschland in die Verhandlungen zu führen. Die Verhandlungen sind von großer Wichtigkeit, da sie die Grundlage für die weitere Entwicklung der deutschen Nation bilden werden.

Das ist ein großes Ziel. Man sollte sich durch ein Übereinkommen mit der Ostzone einen einheitlichen Volksgemeinschaften nicht zu einem einheitlichen Volk machen lassen. Die Verhandlungen sind von großer Wichtigkeit, da sie die Grundlage für die weitere Entwicklung der deutschen Nation bilden werden.

Am Ende der vorerwähnten Rede Präsident sagt unmissbar eine große Rede an. Die Rede, die die Ostzone an die Ostzone richtet, ist eine Rede, die die Ostzone an die Ostzone richtet. Die Rede, die die Ostzone an die Ostzone richtet, ist eine Rede, die die Ostzone an die Ostzone richtet.

Edle Forderungen sind im Saal war, die Dinge und Wege waren überfällig.

Das sagte Jakob Kaiser vor großer Rede, die er beim 2. März in Leipzig hielt.

Das sagte Jakob Kaiser vor großer Rede, die er beim 2. März in Leipzig hielt.

Das sagte Jakob Kaiser vor großer Rede, die er beim 2. März in Leipzig hielt.

### Jakob Kaisers umfassende Rede

Das Problem der deutschen Einheit ist ein Problem, das nicht mehr demontiert werden kann, sondern nur durch die Einheit der Deutschen gelöst werden kann.

Das Problem der deutschen Einheit ist ein Problem, das nicht mehr demontiert werden kann, sondern nur durch die Einheit der Deutschen gelöst werden kann.

Das Problem der deutschen Einheit ist ein Problem, das nicht mehr demontiert werden kann, sondern nur durch die Einheit der Deutschen gelöst werden kann.

Das Problem der deutschen Einheit ist ein Problem, das nicht mehr demontiert werden kann, sondern nur durch die Einheit der Deutschen gelöst werden kann.

### Kaiser-Sprachrohr: „In Berlin kann sich der Deutsche am freiesten ausdrücken“

CDU, vorläufig wenigstens, ausschaltet.

Kaisers Versuch, den Vorsitz des außenpolitischen Ausschusses der CDU zu erreichen, hatte nicht zuletzt auch den Sinn gehabt, das entscheidende Ziel einer „Nationalen Repräsentation“ aus den deutschen Parteien zu fördern.

Das Scheitern dieser Absicht war in doppelter Hinsicht ein schwerer Schlag für Kaisers deutsche Politik gewesen: Adenauer hatte ihm mit Erfolg die Gesamt-CDU als Plattform für sein nationalpolitisches Ziel verweigert, und Kaiser hatte Zeit verloren, die angesichts der bevorstehenden Moskauer Konferenz der alliierten Siegermächte kostbar war.

Der Gedanke, in irgendeiner geeigneten Weise eine gesamtdeutsche Vertretung zu schaffen, die sowohl innerdeutsch wie international, vor allem auf den Außenministerkonferenzen der vier Mächte, eine deutsche Konzeption für die Wiedererrichtung eines deutschen Staates ausarbeiten und politisch vorschlagen konnte, hatte sich

an eine ausführliche Erklärung gegen Westdeutschlands in der Bildung begriffene Bi-Zone und für die deutsche Einheit abgegeben hatte, trat die SED am 2. März mit einem „Aufruf an das deutsche Volk“ hervor, in dem ein Volksentscheid über die Bildung eines Einheitsstaates mit einer gesamtdeutschen Regierung und die Einführung der „Errungenschaften“ der Sowjetzone in ganz Deutschland gefordert wurde.

Kaiser äußerte sich vor allem in einigen Interviews mit ausländischen Zeitungen über seine Vorstellung von einer nationalen Repräsentation. Ein Friedensvertrag erfordere gemäß der Atlantik-Charta und den allgemeinen demokratischen Grundsätzen die Repräsentanz eines deutschen (ruhenden, aber wieder ins Leben zu rufenden) Völkerrechtssubjekts. Folglich müsse eine Nationalversammlung gewählt und eine deutsche Regierung mit Sitz in Berlin als dem Ort des Kontrollrates gebildet werden.

Schon vor dieser Prozedur müßten deutsche Sachverständige auf die

Friedenskonferenz entsandt werden. Ihre Auswahl solle durch die deutschen politischen Parteien vorgenommen werden. Denn diese seien gegenwärtig „die politischen Repräsentanten Deutschlands“, nicht dagegen Vertreter von Ländern oder Verbänden.

Auf der Kundgebung der demokratisch-antifaschistischen Parteien am 6. März auf der Leipziger Messe forderte Kaiser zum erstenmal öffentlich eine deutsche Nationalvertretung. Diese rhetorische Forderung bedurfte der gedanklichen Konkretisierung und einer praktischen Methode zur Durchsetzung. Kaiser kam hierzu die vorgesehene erste Sitzung des in Königstein gewählten Vorstandes der „Arbeitsgemeinschaft der CDU und CSU Deutschlands“ sehr gelegen.

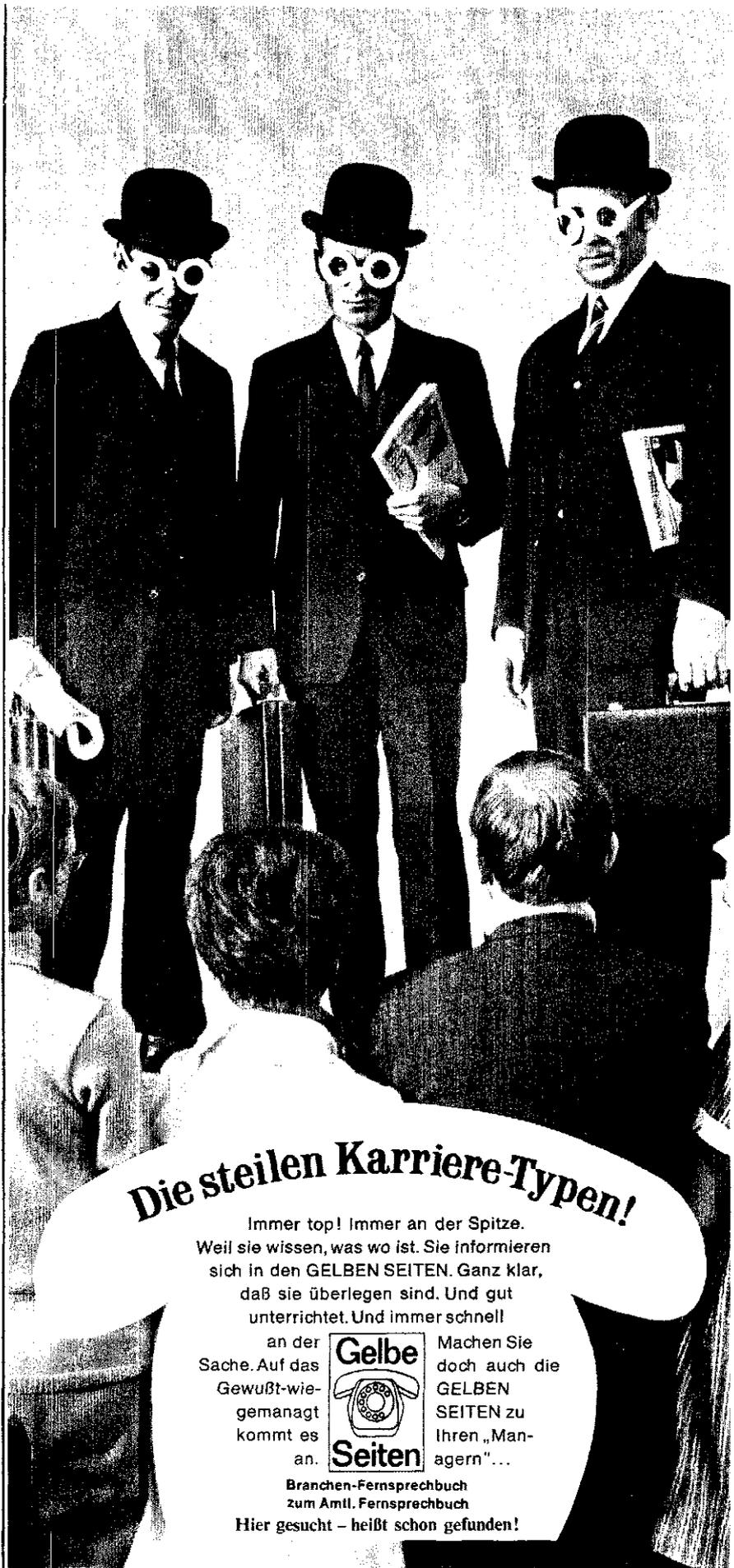
Der Vorstand tagte vom 13. bis 15. März im Verlagshaus „Neue Zeit“ in Berlin. Adenauer fehlte „wegen einer Grippeerkrankung“. Es blieb nicht aus, daß diese Grippe als „politisch“ vermutet wurde, da Adenauers Abneigung, Berlin zu besuchen, bekannt war und zweifellos für ihn ein taktischer Vorteil darin lag, eine von Kaiser angeregte „Nationale Repräsentation“ nicht mitbeschließen zu müssen.

Am Schluß der Tagung wurde eine Erklärung veröffentlicht, in der es hieß: Die Union schlage vor, daß die „politischen Willensträger“, die Parteien, in ihren Spitzen zusammentreten sollten. Sie seien eingeladen, „sich so schnell wie möglich zusammenzufinden, um die erste Stufe einer gesamtdeutschen Vertretung des Volkes vorzubereiten und diese Vertretung bis zu ihrer Verwirklichung zu repräsentieren“. In drei gleichlautenden Briefen an die SPD (Schumacher), die SED (Pieck und Grotewohl) und die LDPD (Külz) wurde diese Einladung ausgesprochen.

LDPD und SED nahmen rasch an; die SED betonte, daß das Ziel ihren eigenen Vorschlägen entspreche. Sie wünschte allerdings, daß außer den Parteien auch die „Freien Deutschen Gewerkschaften“ hinzugezogen werden sollten.

Auf solche Weise wollte sie, gemäß geprobter Taktik, durch Hinzuziehung einer „antifaschistischen Massenorganisation“ ihren Einfluß in dem Repräsentationsgremium stärken. Ihr Wunsch wurde von der CDU in Berlin konsequenterweise abgelehnt, ohne daß die SED dies zum Vorwand nahm, sich zurückzuziehen.

War die SED taktisch an Kaisers „Nationaler Repräsentation“ interessiert, so war die Entscheidung für die SPD aufgrund ihrer nach der Zwangsvereinigung der sowjetzonalen Sozialdemokraten mit den Kommunisten zur SED auferlegten Westbegrenzung und der scharf antikommunistischen Linie Kurt Schumachers sehr viel schwieriger. Zwar waren Berliner Sozialdemokraten wie Paul Löbe, Otto Suhr und Franz Neumann einer gemeinsamen Parteienvertretung nicht durchaus abgeneigt. Aber Schumacher bestimmte die Linie der SPD. So wurde



## Die steilen Karriere-Typen!

Immer top! Immer an der Spitze. Weil sie wissen, was wo ist. Sie informieren sich in den GELBEN SEITEN. Ganz klar, daß sie überlegen sind. Und gut unterrichtet. Und immer schnell

an der Sache. Auf das Gewußt-wie-gemanagt kommt es an.



Machen Sie doch auch die GELBEN SEITEN zu Ihren „Managern“...

Branchen-Fernsprechbuch zum Amil. Fernsprechbuch  
Hier gesucht – heißt schon gefunden!

er zur Schlüsselfigur für Gelingen oder Scheitern des Kaiserschen Planes.

Seine erste, vorläufige Antwort gab Schumacher auf einer Funktionärsversammlung der Berliner SPD am 18. März, dem Jahrestag der alten Märzfeiern der Partei. Selbstverständlich konnte er nicht einfach ablehnen. Er erklärte sich daher zwar prinzipiell mit dem Gedanken einer Besprechung aller Parteien einverstanden, schloß aber die Bedingung an, daß alle Parteien gleichmäßig frei in allen Zonen zugelassen sein müßten. Es könne nicht auf der Basis des Unrechts der ostzonalen Zwangsverschmelzung zur SED verhandelt werden.

Obleich Schumachers Rede von nationalem Pathos durchdrungen war, glaubte er doch, wenn auch noch nicht mit einem eindeutigen Nein, Kaisers politisches Spiel mit den Kommunisten und den hörigen eigenen Genossen von ehemals ablehnen zu müssen. Beide, Schumacher wie Kaiser, hatten aus den



SPD-Chef Schumacher  
„Kaisers Deutschland-Plan ...“

Jahren des Widerstandes, des Konzentrationslagers und des Untergrunds ihre Lehren gezogen und die Kraft zum politischen Neubeginn daraus geschöpft. Beide strebten eine geläuterte Nation in Freiheit und sozialem Fortschritt an.

Kaiser hatte im Osten begonnen und keine andere Plattform des Wirkens gefunden als die „Antifa“-Parteien unter russischem Besatzungsdruck. „Koexistenz“ war für ihn eine politische Notwendigkeit, wenn er nicht den russisch besetzten Teil Deutschlands aufgeben wollte. Schumacher hatte im Westen begonnen und sah sich alsbald, nach dem Verschmelzungsdruck und der Selbstaufgabe der SPD im Osten, auf den Westen beschränkt.

Der eine suchte die deutsche Einheit ohne Kapitulation, aber auch ohne Absperrung vor der freiheitsberaubenden Macht noch festzuhalten. Der andere konnte deutsche Einheit nur noch in einer unbestimmten Zukunft sehen und war bereits in den Abwehrkampf gegen den Osten verstrickt.

Vergegenwärtigt man sich die Klüft, die durch den Zwang der Gegebenheiten und der persönlichen Veranlagung

zwischen beiden Männern sich auftat, so ist kaum verwunderlich, daß es bei einem Gespräch zwischen CDU und SPD am 19. März in Berlin nicht zu einem Einlenken der Sozialdemokraten kam.

Wenige Tage nach der CDU-Erklärung vom 15. März stand es also bereits schlecht um das Zustandekommen einer ersten Stufe Nationaler Repräsentation durch die Parteien. Kaiser wurde in der Öffentlichkeit durch Schumacher den Politikern zugesellt, die sich vom totalitären Kommunismus trotz subjektiv guten Willens ins Schlepptau nehmen ließen.

Aber Schumacher bewirkte zugleich durch seine Zurückhaltung, daß der Spalt zwischen West und Ost und damit zwischen den zwei getrennten Teilen Deutschlands sich weiter vertiefte. So sah Kaiser seinen Versuch eines Brückenbaues vereitelt oder zumindest wiederum verschoben, und zwar gerade in dem Augenblick, als er die eigenen Unionsparteien aufgrund des Beschlusses der Arbeitsgemeinschaft in Berlin praktisch auf seine Linie gebracht zu haben schien.

Auch das war allerdings in Wirklichkeit nicht eindeutig der Fall. Denn diese Linie lief Adenauers Auffassung zuwider. Adenauer konnte es vorteilhaft ausnutzen, weder nein noch ja gesagt zu haben. Er konnte abwarten, ohne mißliebig hervortreten zu müssen, denn nicht er, sondern Schumacher war angesprochen. Der SPD-Chef aber tat das, was ganz auf Adenauers Linie lag.

Außerdem ließ es Adenauer offenbar auch gar nicht ungern geschehen, daß im Westen Entstellungen und Gerüchte verbreitet wurden, die Kaiser in der Rolle des Wegbereiters der Herrschaft des Bolschewismus zeigten. Doch ist Adenauer keineswegs öffentlich gegen den Plan der Nationalen Repräsentation aufgetreten.

Er hat sich sogar später mit Kaisers Projekt einverstanden erklärt. Die Tatsache allerdings, daß Adenauer die CDU-Erklärung vom 15. März in der Öffentlichkeit nicht energisch unterstützt hat, war politisch schlechthin entscheidender als Erklärungen in dieser oder jener Richtung.

Es kann angenommen werden, daß Adenauer weitergehende Verhandlungen mit Schumacher für aussichtslos hielt und daher dem Lauf der Dinge ruhig entgegensehen konnte. Schumacher war an einer Aussprache mit Kaiser nicht interessiert; er war auch infolge einer ersten Erkrankung längere Zeit nicht dazu in der Lage.

Noch ehe es zu der letzten Aussprache Kaisers mit Schumacher kam, nahm dieser auf der ersten Reichskonferenz der Jungsozialisten in Buer bei Gelsenkirchen so scharf ablehnend Stellung, daß sich danach eigentlich alles weitere erübrigt hätte.

Schumacher griff eine nachrichtendienstliche Information auf, die unüberprüfbar ist. Er behauptete, der Gedanke der Nationalen Repräsentation stamme von dem sowjetischen Geheimpolizeichef Berija. Er verwies Kaiser also in die Rolle eines „Trojanischen Pferdes“. Kaisers Idee sei

nicht diskutabel, solange nicht bestimmte Voraussetzungen, auch wirtschaftlicher Art, so die Aufhebung der Zonengrenze, erfüllt seien.

Kaiser ließ sich trotzdem nicht entmutigen, mit Lemmer, Müller und Holzapfel zum verabredeten Termin am 28. Mai nach Hannover zu kommen. Das Ergebnis war eine endgültige unbedingte Ablehnung der SPD.

In den Augen Kaisers bedeutete Schumachers Weigerung eine Kapitulation



Ost-CDU-Chef Kaiser  
... stammt von Maskaus Geheimpolizei“

lition in der deutschen Frage. Kaiser war mit seinem Plan gescheitert. Der Widerhall über das Mißlingen des Repräsentationsplanes ist im ganzen offenbar bemerkenswert gering gewesen. Die SPD hatte kein Interesse daran, den eindeutigen Erklärungen Schumachers noch mehr hinzuzufügen.

Bezeichnend für die Lage in den Unionsparteien war die Tagung der Arbeitsgemeinschaft der CDU und CSU in Würzburg am 2. und 3. Juni. Dem Bedauern darüber, daß die gesamtdeutschen Bemühungen infolge der sozialdemokratischen Ablehnung gescheitert seien, wurde ein allgemeiner Appell an die Alliierten hinzugefügt, „dem neuen, dem anderen Deutschland die Bekundung seines politischen Willens als eines Grundrechtes auch des Besiegten zu gestatten“.

Vor allem aber wurde der „Errichtung des Zweizonen-Wirtschaftsrates als einer Vorstufe auf dem Wege zur staatsrechtlichen Formung der gesamtdeutschen wirtschaftlichen Einheit“ zugestimmt. Die Arbeitsgemeinschaft hatte also deutlich auf die Realität umgeschaltet, auf den von

**eXecutive**

die neue  
top-herrenserie

**eXecutive**

die souverän  
männliche note  
herb und trocken  
lang anhaltend

**eXecutive**

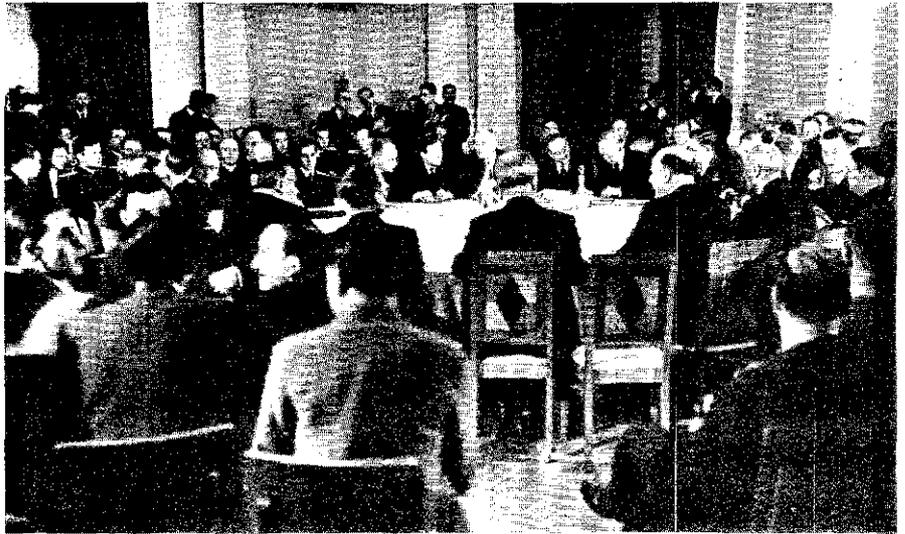
men's cologne · pre electric shave  
after shave · after shave emulsion  
shaving cream · shaving foam  
deco spray · bath foam · hair lotion

**eXecutive**

by ATKINSONS



imported by:  
J. & E. Atkinson GmbH, Hamburg, Kippingstraße 6



Außenminister-Konferenz in Moskau 1947: In der Krise der Einigungspolitik . . .

den Vereinigten Staaten energisch vorgenommenen Aufbau eines mit Westeuropa verbundenen Westdeutschland.

Kaisers und Lemmers Vorschlag einer Nationalen Repräsentation ist manchen Mißdeutungen ausgesetzt gewesen. Gehen wir von Kaisers damaligem Selbstbewußtsein aus, so ist unverkennbar, daß er sich gewissermaßen in der Rolle eines Praeceptor Germaniae verstand, der die deutschen Politiker aller Parteien dem moralischen Anspruch unterwarf, alle Bedenken und Vorbehalte zurückzustellen, um sich zum Kampf um das große Ziel zusammenzuschließen.

Es war Kaiser unbegreiflich, daß überhaupt die Zustimmung aus freiem Willen — wie es durch Schumacher geschah — verweigert werden konnte. Zu diesem allgemeinen Anspruch Kaisers kam realpolitisch die Erkenntnis des politisch zwingenden Moments, der einmalig gegebenen Gelegenheit.

Ein Blick auf die Geschichte der Außenministerkonferenzen von 1945 bis Ende 1947 zeigt, daß dieses Urteil über die Gunst der Stunde richtig war, sofern es überhaupt für Deutschland in den Nachkriegsjahren je eine solche günstige Schicksalsstunde gegeben hat. Die Alliierten waren noch nicht davon abgegangen, eine Lösung für Deutschland im ganzen zu finden. Auf keiner der Konferenzen hat Deutschland unter diesem Gesichtspunkt so im Mittelpunkt der Verhandlungen gestanden wie in Moskau.

Einen Augenblick schien es, daß es auf der Moskauer Außenministerkonferenz (März/April 1947) zu einer Einigung über deutsche Zentralverwaltungen und über einen deutschen Konsultativrat kommen könne, der der Bildung einer provisorischen deutschen Regierung vorhergehen sollte. Dieser Konsultativrat wäre Kaisers „Nationaler Repräsentation“ nahegekommen.

Aber nach langen Verhandlungen scheiterten diese Pläne, vor allem an der Unvereinbarkeit der amerikanischen und der sowjetischen Grundvorstellungen. Die Vereinigten Staaten

hatten mit der „Truman-Doktrin“ vom 12. März offen vor aller Welt auf die „policy of containment“ gegenüber dem Kommunismus umgeschaltet und verfolgten, während in Moskau langwierig und ergebnislos diskutiert wurde, bereits ihre Ziele, mit denen das Konzept eines einheitlichen, mit der Sowjet-Union auf lange Sicht auszuhandelnden Deutschland nicht mehr vereinbar war.

Diese Entzweigung der Alliierten auf der Konferenz von Moskau war für Politiker wie Adenauer, die durch ihre Lagebeurteilung längst festgelegt und daher von vornherein gegen jedes Übereinkommen mit den Sowjets mißtrauisch waren, schon vor der Konferenz vorhergesehen worden.

Auch Schumachers Nein gegenüber Kaisers Werben ist so zu verstehen. Im Mai, als er endgültig ablehnte, war die internationale Situation so weit geklärt, daß Schumacher sich entschieden darin bestätigt fühlen konnte, mit seiner Weigerung gegenüber Kaiser richtig gehandelt zu haben.



Europa-Planer Marshall . . . auf Antikommunismus umgeschaltet

Kaiser blieb trotz der seit Moskau für ihn ungünstig, fast aussichtslos verlaufenden Entwicklung bei seiner Linie, nicht nur aus Veranlagung und Zielkonsequenz, sondern auch infolge des gegebenen Zwanges seines politischen Standorts in Berlin und der Sowjetzone. Kaiser blieb davon überzeugt, daß eine einheitliche und energische Willensbekundung aller deutschen Parteien 1947 ein bedeutendes Gewicht in der großen politischen Waagschale gewesen wäre.

Daß dieses Gewicht nicht hineingelegt wurde, sah er als das verhängnisvollste Versäumnis deutscher Politik in diesem Jahr der alliierten Entzweiung an. Er gab dafür in erster Linie Schumacher und der SPD die Schuld.

Je mehr die West-Ost-Spaltung Deutschlands und Europas von außen aufgezwungen und von den Betroffenen selbst hingenommen oder gar bejaht wurde, um so mehr stand Kaiser auf verlorenem Posten. Für ihn aber war dieser Posten in Berlin so lange nicht verloren, als er noch in der Zone wirken und somit weitere Wartezeit durchhalten konnte. Dies zu tun, war er entschlossen. Zurückweichen lag ihm nicht.

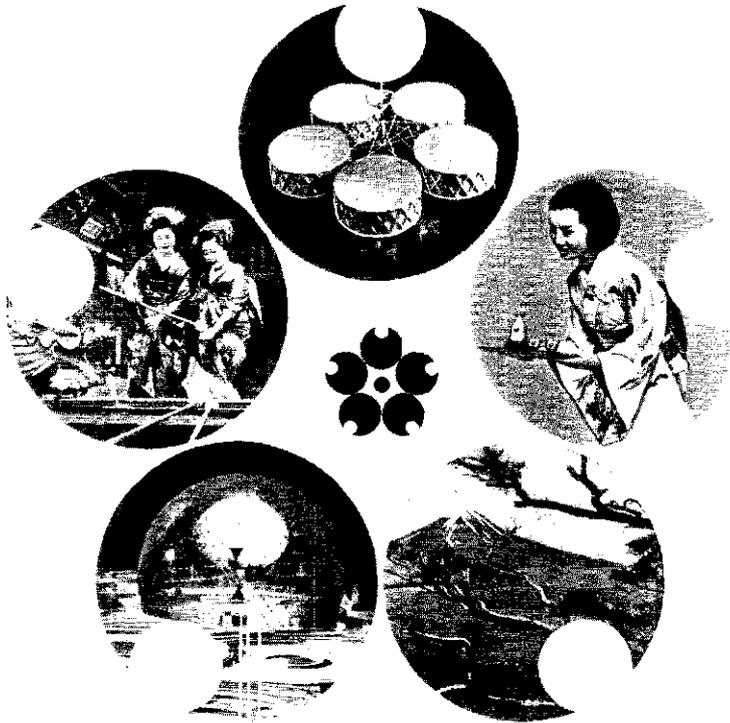
Von den Ministerpräsidenten im Westen war jedoch ein ganz anderer Weg bereits eingeschlagen worden. Anfang Mai 1947 lud der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard alle Ministerpräsidenten der vier Zonen — Berlin war zunächst vergessen worden! — ein, am 6. und 7. Juni zu einer Konferenz nach München zu kommen.

Die Konferenz sollte unter der Leitfrage stehen: „Wie bringen wir unser Volk durch den nächsten Winter?“, das hieß, wie könne durch Organisation und Austausch über die Zonengrenzen hinweg eine Katastrophe verhindert werden. Aber Ehard fügte vorsichtig hinzu, man werde „womöglich auch zu einer Prüfung der politischen Zusammenfassung gelangen“.

Die Konferenz kam nun zwar zu gewissen wirtschaftspolitischen Ergebnissen, scheiterte aber politisch, nachdem die Ministerpräsidenten der Ostzone gleich zu Beginn forderten: „Bildung einer deutschen zentralen Verwaltung durch Verständigung der demokratischen Parteien und Gewerkschaften zur Schaffung des deutschen Einheitsstaates.“ Ihr Antrag wurde abgelehnt. Darauf reisten sie ab, so daß die Beratungen nur noch von den Chefs der westlichen Länder sowie Berlins durchgeführt werden konnten.

Kaiser stellte sich das Bild einer Versammlung deutscher Länderchefs dar, die zwar in gesamtdeutscher Absicht zusammengekommen waren, aber doch alle, willentlich oder genötigt, vor jeder Initiative haltgemacht hatten. Tendenzen seien in München deutlich geworden, „die radikal nach Osten, und solche, die radikal nach Westen weisen“.

Zum erstenmal konnte er es nicht unterdrücken, öffentlich seine Sorge zum Ausdruck zu bringen, die ihn im tiefsten bewegte. Er werde festhalten, entweder bis zur glücklichen Wendung „oder bis zu dem Tage, da es eine



**Willkommen in Osaka!**  
**Fliegen Sie mit Japan Air Lines zur**

# EXPO '70

**Für den Coupon unten erhalten Sie hochinteressante Reiseprogramme zur ersten Weltausstellung des Fernen Ostens.**

In Zusammenarbeit mit den erfahrensten Reiseveranstaltern hat JAL für Sie verschiedene Programme zur Expo '70, die am 15. März für 6 Monate ihre Tore in Osaka/Japan öffnet, ausgearbeitet. Die mehr als 70 dort versammelten Nationen werden Ihnen ihr Bestes aus Kunst und Wissenschaft zeigen. Wir bringen Sie dorthin mit unseren schnellen Jet-Kurieren — mit dem Service, der das Motto prägte: „Bei JAL sind Sie mehr als ein Passagier — Sie sind der hochgeehrte Gast“. Fragen Sie Ihr IATA-Reisebüro, oder schicken Sie den Gutschein ein — er kann der Anfang zur Reise Ihres Lebens sein.

Japan Air Lines,  
 6 Frankfurt,  
 Kaiserstraße 79  
 Tel.: 23 00 56



**JAPAN AIR LINES**  
 Die offizielle Fluggesellschaft zu der Expo '70

Im Gemeinschaftsdienst mit  
 Air France, Alitalia und Lufthansa

Bitte senden Sie mir umgehend Ihren  
 kostenlosen Farbprospekt über die Expo '70.  
 Ich bin besonders am

Monat \_\_\_\_\_ interessiert.

Name \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Mein IATA-Reisebüro \_\_\_\_\_

höhere Macht, die Macht des Gewissens, uns gebietet, den Glauben an die Möglichkeit einer Synthese zwischen Ost und West aufzugeben". Das Gewissen bleibe „Impuls und Grenze unserer Politik. Unter Anerkennung seines Gesetzes wird die Union nach neuen Möglichkeiten für den Zusammenhalt oder für die Wiedervereinigung unseres Volkes suchen“.

So sah Kaiser das Verhängnis kommen. Er begann, die ihn erschreckende Grenzlinie zu ahnen. Vielleicht ging es schon nicht mehr um das Festhalten an Deutschland, sondern bereits um einen langen, ungewissen Weg zur verlorenen und wiederzugewinnenden Einheit. Der hier zum erstenmal von Kaiser verwendete Begriff der „Wiedervereinigung“ deutete diese Grenzlinie an.

Dem Scheitern der gesamtdeutschen Bemühungen im Sommer 1947 entsprach die rasch fortschreitende Aufspaltung Deutschlands. Am 25. Juni wurde der Wirtschaftsrat der Bi-Zone errichtet. Entsprechend wurde die Wirtschaftslenkung in der Sowjetzone am 14. Juni durch die „Deutsche Wirtschaftskommission“, dem Willen der Sowjetischen Militär-Administration (SMA) gemäß, zusammengefaßt.

Die Gewöhnung der Deutschen an die Teilung ihres Landes nahm rasch zu. Das galt vor allem für den Westen, wo es sich freier leben ließ und wo man auf materielle Besserung der Lebensverhältnisse hoffen konnte. Diese Hoffnung stieg, als die Hilfe des sogenannten Marshall-Planes in Sicht kam.

Die schnell sich vertiefende Kluft zwischen West und Ost führte dazu, daß Kaisers Linie im Westen immer weniger als erfolgversprechend, ja daß sie zunehmend als gefährlich angesehen wurde, während die CDUD in der Sowjetzone noch erbarmungsloser als in der Zeit einer noch relativ offenen Lage dem Zugriff der SED ausgesetzt war. Fraglich mußte auch werden, ob die Sowjet-Union es noch lange für opportun halten würde, eine starke CDUD, die von Berlin aus allzu unabhängig in die Zone hineinwirkte, in ihrem Herrschaftsbereich zu dulden.

Vorläufig richtete die Polemik der SED-Presse sich noch immer vornehmlich gegen die SPD, während gegenüber den beiden „bürgerlichen“ Parteien die Taktik einer neu forcierten Blockpolitik angewandt wurde.

Dadurch geriet freilich die CDU mehr und mehr unter Druck, so daß Kaiser sich zu einer offenen und scharfen Stellungnahme gezwungen sah. Nur so konnte er in der eigenen Partei, sowohl im Westen wie im Osten, glaubwürdig bleiben, und nur bei ausdrücklichem Festhalten an seiner Linie konnte seine Stellung als Parteiführer Berlins und der Sowjetzone noch einen Sinn haben.

So bereitete er eine große Rede vor, die bald als „Oppositionsrede“ bezeichnet wurde. Kaiser wählte den erweiterten Parteivorstand Berlins und der Sowjetzone (12. Juli) als Forum.

Im Westen — so erklärte Kaiser — sei „die Meinung über die Rolle der

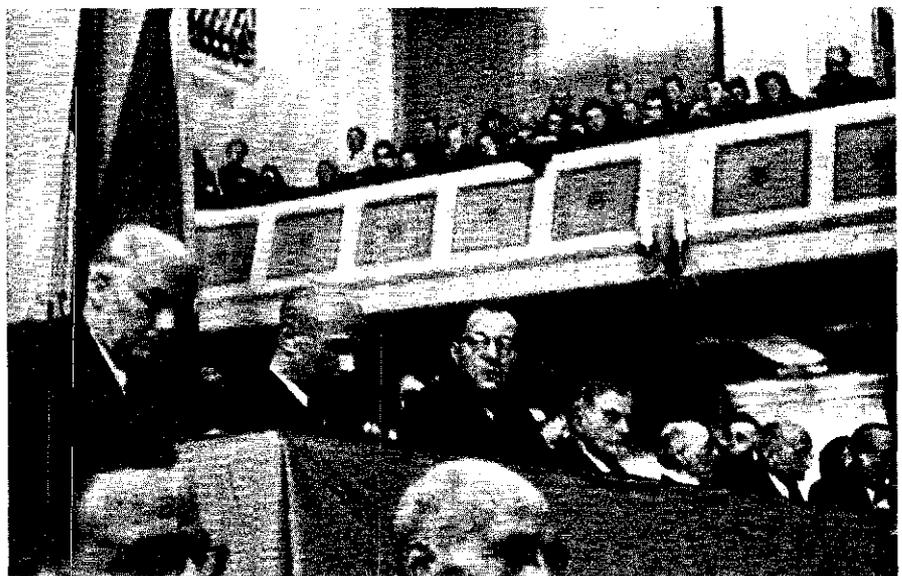
nichtmarxistischen Parteien in der Ostzone schon vergiftet“. Die Stimmen mehrten sich, „die uns als Feigenblatt der östlichen Demokratie bezeichnen“. Nicht nur solchen Meinungen sei entgegenzutreten, sondern vor allem gehe es darum, der sowjetischen Militärregierung und der SED in aller Offenheit zu sagen, wieviel sie selbst dazu beitragen, die Dinge in eine solche Richtung zu treiben. Kaiser nannte — scharf gegensätzlich zum Trend verschleiender Blockpolitik — die Übel hart beim Namen.

Trotz seiner Anklage setzte er aber auch jetzt noch eine Interessengemeinschaft mit der Militärregierung und der SED als Grundlage voraus. Er sah sie im ehrlichen Wunsch nach Besserung der Verhältnisse in der Zone, verbunden mit dem Ziel, eine Vertrauensbasis in der Bevölkerung gegenüber der Besatzungsmacht zu

der Parteien könnten „ergänzende Dienste“ leisten, dürften aber keine „Ersatzparlamente“ sein. Die „völlige Gleichberechtigung der Parteien müsse gewährleistet“ sein.

Diese Leitsätze wurden einstimmig angenommen und zur Veröffentlichung freigegeben. Allerdings meldeten in der Diskussion die Landesvorsitzenden Hickmann, Lobedanz und Herwegen erhebliche Bedenken an. Sie suchten Kaisers Härte abzuschwächen und die Block-Politik — in Anwesenheit des russischen Hauptmanns Kratin, des Verbindungsoffiziers der SMA zur CDU — im allgemeinen als bewährt hinzustellen.

Herwegen gab zu bedenken, daß die Lage in Berlin anders sei als in der Zone und daß man dort eben Rücksichten nehmen müsse. Diese Einwände deckten ein innerparteiliches Problem auf, das angesichts der gespann-



Sowjetzonen-Parteiführer in Leipzig 1947\*: „Die deutsche Teilung führt zum Krieg“

gewinnen und die zunehmende Abwanderung nach Westen einzudämmen.

Vor allem aber ging Kaiser auf die politische Freiheitsbeschränkung ein, die unter dem Namen des „Blocks“ laufe — ein Wort, das er „nur mit Widerstreben“ in den Mund nehme, da er und die CDU stets „die Tendenz zu restloser Vereinheitlichung abgelehnt“ hätten.

Zusammenarbeit der Parteien sei zu bejahen, nicht aber die Unterbindung „eigenständiger“ Parteipolitik. Die Block-Kongresse trieben eine Entwicklung voran, „die dazu dient, unter Führung der SED einem Einheits-Block den Weg zu bereiten, der nach und nach zum Instrument einer Politik wird, die mit den Grundsätzen der Union nichts mehr zu tun hat“.

Kaiser schloß mit der Forderung folgender Programmpunkte: Die Parteien sollten „Träger und Organe der politischen Willensbildung des Volkes“ sein. Die „Gemeinsamen Ausschüsse“

\* Wilhelm Pleck (SED), Jakob Kaiser (CDU), Otto Grotewohl (SED), Wilhelm Kütz (LDPD).

ten politischen Lage von erheblicher Bedeutung werden konnte.

Für die SED kam Kaisers „Opposition“ offenbar ebenso überraschend wie für die Militärregierung. Die SMA forderte die Rede nachträglich in ihrem vollen Wortlaut an und verbot ihren wörtlichen Abdruck in den Parteiorganen der Zone. Die SED-Presse behauptete schließlich, Kaiser sei von außenstehenden Kräften beeinflußt worden, die einer demokratischen Ordnung Deutschlands widerstrebten, und er habe sich damit in einen Gegensatz zum Willen seiner eigenen Partei und der fortschrittlichen Mitglieder aller Parteien überhaupt gesetzt.

Daß Kaisers „Oppositionsrede“ im Westen antisowjetisch gedeutet wurde, ist einleuchtend. Besonders der „Tagesspiegel“ beschäftigte sich mehrfach ausführlich mit Kaisers gefährdeter Stellung; Kaiser stehe am „Scheidewege“: „Er muß entweder den Opportunismus oder die Partei in der Zone opfern.“

In dieser außen- und innenpolitisch gegenüber dem Sommer 1948 erheblich



Sowjet-Gouverneur Sokolowski  
„Setzt Deutschland in den Sattel ...“

eingegangenen Lage wurde im August 1947 der zweite Parteitag der CDU Berlins und der Sowjetzone vorbereitet. Angesichts der politischen Zuspitzung kam es Kaiser darauf an, noch vor dem Parteitag die Absichten der SMA zu erkunden und sich um deren Verständnis zu bemühen.

Unmittelbare Kontakte zwischen der SMA und Kaiser waren nicht neu. Besonders der dazu beauftragte Hauptmann Kratin war schon während des Jahres 1946 häufig bestrebt gewesen, mit Kaiser und anderen Mitgliedern der CDU-Führung in Berlin zusammenzutreffen. Er führte mit Kaiser immer wieder stundenlange Gespräche, in denen es ihm nicht nur darum ging, informiert zu werden, sondern auch Kaiser von der guten Sache der Sowjet-Union und des Marxismus zu überzeugen.

Auch mit Oberst Sergej Tulpanow, dem Leiter der Informationsabteilung der SMA, war es des öfteren zu Unterhaltungen gekommen. So trafen sich auch jetzt Kaiser und Tulpanow zu einer längeren Unterredung.

Tulpanow warnte Kaiser vor dem Marshall-Plan, der psychologisch, nicht aber ökonomisch gemeint sei. Spätestens 1948 werde Amerika eine Wirtschaftskrise haben. Tulpanow suchte Kaiser zuversichtlich für die kommende Londoner Konferenz der alliierten Außenminister zu stimmen. Manches deutete darauf hin, daß es zu einem Kompromiß in der deutschen Frage, also zum Beschluß über eine einheitliche Verwaltung Deutschlands kommen werde.

Das sowjetische Gewicht, so betonte Tulpanow, sei im Wachsen. Die laute Polemik sei irreführend. Es gebe ein

\* Offenkundig eine Anspielung auf eine Äußerung Bismarcks im Reichstag des Norddeutschen Bundes am 11. März 1867: „Setzen wir Deutschland, so zu sagen, in den Sattel, reiten wird es schon können!“

russisches Sprichwort: Je größer das Geschrei, desto näher die Verständigung. Das Gespräch endete mit Tulpanows Beteuerung, daß die Sowjets die CDU als wahrscheinlich stärkste Partei Gesamtdeutschlands wohl zu schätzen wüßten. Sie wollten mit ihr zusammenarbeiten und nicht mit ihr spielen: „Voraussetzung: keine anti-sowjetische Politik.“

Wenige Tage darauf folgten Tulpanow und Hauptmann Kratin einer Einladung Kaisers zum Abendessen in dessen Wohnung. Der ehemalige Heidelberger Student Tulpanow sprach mit Wärme über Süddeutschland, über den ihm nicht fremden Katholizismus, den er, vielleicht im Erbe Dostojewskis, dem kälteren Protestantismus überordnete.

Härter wurde die Unterhaltung, als Tulpanow auf die anstehenden politischen Entscheidungen, besonders auf den kommenden Parteitag, zu sprechen kam. Er ließ erkennen, daß es wünschenswert sei, sich in bezug auf den Marshall-Plan Zurückhaltung aufzuerlegen. Das sollte ebenso für das Verhältnis zur Block-Politik gelten.

Zum Schluß teilte Tulpanow mit, er werde zur Eröffnung des Parteitages selbst eine Ansprache halten. Er ließ sich auch durch Kaisers Hinweis, daß eine solche Geste mißdeutet werden könnte, und trotz dessen sehr dringender Bitte, davon Abstand zu nehmen, nicht von seinem Plan abbringen. Abschiednehmend erhob er sein Glas mit der Aufforderung: „Trinken wir darauf, daß wir beide nie auf verschiedenen Seiten der Barrikade stehen werden!“

Einige Tage später, am 28. August, wurden Kaiser und Lemmer von Marschall Sokolowski, dem obersten Chef der SMA, empfangen. Auch diese Unterredung, an der Tulpanow und Kratin teilnahmen, verlief in menschlich angenehmen Formen. Ohne daß Druck ausgeübt wurde, wirkten die Russen doch in der gleichen Richtung wie in den vorhergegangenen Gesprächen ein.

Themen der Unterhaltung waren der Marshall-Plan, die Blockpolitik und die Reparationen, auf die Rußland angewiesen sei. Sokolowski deutete seine politischen Warnungen metaphorisch an: „Es ist eine schwierige Zeit. Es gibt ein deutsches Gedicht vom Reiter, der durch Nacht und Wind reitet.“

Darauf Kaiser: „Der Erikönig. Wer ist der Reiter?“

Sokolowski: „Die Parteien. Das Kind im Arm ist die Demokratie.“

Kaiser: „Hoffentlich stirbt das Kind nicht!“

Sokolowski: „Nun setzt das Kind selbst einmal in den Sattel, die deutsche Demokratie. Dann wird das Kind schon reiten.“\*

Im Laufe der Aussprache suchte Kaiser seinen selbständigen Weg klarzumachen und auf Möglichkeiten hinzuweisen, die deutsche Teilung zu verhindern. Diese würde — hier stimmte Sokolowski zu — einen neuen Krieg herbeiführen. Der Marschall lakonisch: „Es kommt auf zwei Dinge an: Es gibt keine Lösung der deutschen Frage ohne Rußland; es gibt kein Auseinanderbrechen Deutschlands ohne das deutsche Volk.“

Als Kaiser darauf hinwies, daß die Amerikaner Westdeutschland allein aufbauen würden, wenn es zu keiner Verständigung käme, brauste Sokolowski auf: „Nicht die Amerikaner, sondern die Russen haben die Deutschen besiegt. Wir hätten noch im Winter 1944/45 mit zehn Panzerdivisionen bis zum Atlantik durchbrechen können.“

Für die deutsch-russische Freundschaft dagegen wurden am Ende des Gesprächs freundliche Worte gefunden, so daß Kaiser die Bemerkung machte: „Wir als Christen würden nach all dem, was wir uns gesagt und gewünscht haben, sagen: Das walte Gott.“ Darauf der Marschall: „Sie sind katholisch, Herr Kaiser. Sie haben es leichter als ich.“ Kaiser: „Nein, Herr Marschall, wir haben die Auffassung,



... dann wird es schon reiten“: Sowjet-Empfang in Potsdam (1946)

# weil Mr. Clark anno 1939

beim Polospiel der Stiefel drückte, haben wir heute über 10 Millionen CLARKS

**ORIGINAL  
DESERT BOOTS**

Er ärgerte sich masslos über sein unzuweckmässiges Schuhwerk und liess sich darum ein Paar nach seinen Ideen und Vorstellungen anfertigen. Diese Einzelanfertigung für Mr. Clarks verwöhnten Fuss war nun so zweckmässig, luftig, leicht und angenehm zum Tragen, dass sie rasch zahlreiche Liebhaber fand.

Mr. Clark beschloss, seinen ursprünglichen Polostiefel in serienmässige Produktion zu nehmen und taufte ihn auf den Namen DESERT BOOT. Die englische Armee rüstete ihre gesamten Truppen im Nahen Osten mit diesem Schuhwerk aus. Heute findet man den ORIGINAL CLARKS DESERT BOOT auf der ganzen Welt. Im Norden ist er so beliebt wie im Osten, Westen oder Süden. Nur weil er bequem zum Tragen ist? Vielleicht auch darum, weil der

**Clarks**

**ORIGINAL DESERT BOOT**

anders ist als alle andern.



Clark Shoes Continental AG, Zürich Holbeinstr 20 Tel. 47 07 48



Polit-Oberst Tulpanow\*  
„Keine antisowjetische Politik!“

daß das russische Volk ein tief gläubiges Volk ist.“ Diese Bemerkung — so vermerkt Kaisers Niederschrift dieser Unterhaltung — wurde gut aufgenommen.

In der gleichen Zeit jedoch setzte die SMA Kaiser von unten her unter Druck, um die östliche CDU gegen den Marshall-Plan festzulegen. Der Hebel wurde in der Zone angesetzt. Vertreter der Militärregierung besuchten die Landesverbände, so Hauptmann Kratin Sachsen und Sachsen-Anhalt. Damit wurde noch wenige Tage vor dem Parteitag erhebliche Unruhe in die Zonen-CDU hineingetragen.

In der Spannung dieser Tage wurde dem Parteitag von allen Seiten erwartungsvoll entgegengesehen. Kaiser selbst hatte schon in seinem Grußwort am Vorabend des Parteitages von der „Eigenständigkeit und Eigenwilligkeit einer deutschen Partei“ gesprochen, die sich nicht dem Osten und nicht dem Westen verpflichtet fühle, „sondern einzig und allein dem deutschen Volk und seiner Aufgabe zwischen Ost und West“. Damit war die gemeinsame Linie angegeben.

Auch die Gäste aus dem Westen und Süden, unter ihnen besonders Gustav Heinemann, Brentano und Josef Müller, waren bestrebt, aller westlichen Einseitigkeit abzusagen. Adenauer war — wie wiederum erwartet — nicht erschienen. Es wurde unwillig aufgenommen, daß er sich telegraphisch mit seiner „akuten“ Krankheit entschuldigte, denn es war bekannt, daß Adenauer, während die CDUD in Berlin tagte, eine Rede auf einem westfälischen Kreisparteitag der CDU gehalten habe. Deutlicher konnte Adenauers Haltung nicht demonstriert werden.

Nachdem die Ausschüsse schon in den beiden vorhergehenden Tagen mit ihrer Arbeit begonnen hatten, wurde der Parteitag am Sonnabend, dem 6. September, nachmittags in der Staats-

\* Auf dem Parteitag der Ost-CDU, September 1947.

oper, dem ehemaligen Admiralspalast, eröffnet. Tulpanow sprach sogleich nach der Eröffnung und suchte politisch zu belehren.

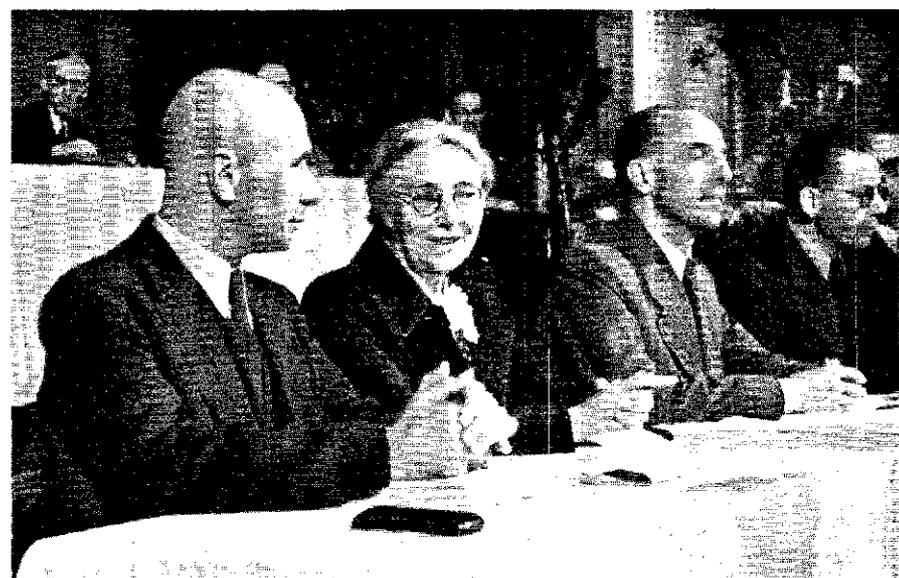
Er mahnte zu besserer „demokratischer Umerziehung“, betonte die Einheit Deutschlands, polemisierte gegen die britischen und amerikanischen Spalter, die eingeschlossen seien, „Deutschland als einheitlichen Staat zu vernichten“, und strich die sowjetische Deutschland-Politik heraus, die es gern sehe, daß Politiker aus den anderen Zonen zu einer gewissermaßen „gesamtdeutschen“ Tagung zusammenkämen, während andere Besatzungsmächte dies nicht genehmigten.

Anschließend sprach Kaiser. Er bekräftigte seine Auffassung über die Blockpolitik als „eine der möglichen Formen für loyale Zusammenarbeit der Parteien in außerordentlicher Zeit“. Sie sei aber nur so lange zu bejahen, als sie nicht von einer der Parteien lediglich zur Sicherung ihrer Vorherrschaft benutzt werde.

Nach diesem Angriff gegen die Praxis in der Sowjetzone ging Kaiser zur Hauptfrage, der Stellung Deutschlands zwischen West und Ost, über. Nachdem der Plan einer „Nationalen Repräsentation“ der deutschen Parteien gescheitert sei, glaubte er nunmehr, anknüpfend an Vorschläge des britischen Außenministers Bevin und seines sowjetischen Kollegen Molotow auf der Moskauer Außenministerkonferenz, einen deutschen „Konsultativrat“ vorschlagen zu sollen, der die „Vorstufe zur Errichtung deutscher Zentralverwaltungen“ sein könne.

Die Gegensätze zwischen West und Ost, so fuhr Kaiser fort, müßten in Deutschland ohne verschleierte Harmonisierung ausgetragen werden. In Anwesenheit Tulpanows rief Kaiser aus: „Wir müssen und wir wollen Wellenbrecher des dogmatischen Mar-

\* Louise Schröder, Karl Arnold und Gustav Heinemann auf dem Ost-CDU-Parteitag, 1947.



Parteichef Kaiser, Gäste: „Wir wollen Wellenbrecher des Marxismus sein“

xismus und seiner totalitären Tendenzen sein.“

Stürmischer, lang anhaltender Beifall folgte diesem alsbald vielzitierten Satz. Kaiser fügte allerdings sogleich hinzu, daß dies nicht „westlich“, sondern im Sinn eines „eigenen Weges“ gemeint sei. Dieser Weg wurde als der einer „Partei des Fortschritts“ mit dem Bekenntnis „zum sozialistischen Zug der Zeit“ sowie zu einer „Neuordnung, die keine blinde Angst vor Sozialisierungsmaßnahmen kennt“, bezeichnet.

Das politisch wesentlichste Ereignis des Parteitags aber war die Wiederwahl Kaisers als ersten und Lemmers als zweiten Vorsitzenden. Von 263 wahlberechtigten Delegierten gaben 249 ihre Stimmen ab, wobei sich bei Kaiser nur eine Gegenstimme, bei Lemmer nur eine Stimmenthaltung ergab. Kaiser konnte mit Recht die Gewißheit haben, daß die ganze CDU in der Zone hinter ihm stand, soweit es sich um die Grundrichtung seiner Politik handelte.

Wie diese Richtung freilich in den heiklen Entscheidungsfragen, so im Streit um den Marshall-Plan und die Taktik innerhalb der Blocks, unter dem wachsenden Druck im Lande praktisch ausgelegt wurde, das war zum Teil fraglich geworden. Ob Kaiser seine Basis in der Zone weiterhin behaupten oder ob ihm der Boden unter den Füßen entzogen werden sollte, das hing in erster Linie von der sowjetischen Politik ab.

Die Russen ließen Kaiser nicht lange im unklaren. Oberst Tulpanow erteilte die Antwort — deutlich und unmißverständlich.

IM NÄCHSTEN HEFT

Kaiser fordert von den Russen Revision der Oder-Neiße-Grenze — Der Chef der Ost-CDU verweigert sich der sowjetzonalen Volkskongreßbewegung — Die sowjetische Militärverwaltung zwingt Kaiser zum Rücktritt

Ergänzung zum Clarks-Inserat auf der linken Seite:

Wenn früher der ORIGINAL CLARKS DESERT BOOT ein Privileg der Herren war, so hat sich das heute geändert. Heute trägt die moderne Dame, vor allem wenn Sie Auto fährt, DESERT BOOTS mit der gleichen Selbstverständlichkeit.

Bezugsquellennachweis:

- DEUTSCHLAND  
 Aachen: Zahn. Aschaffenburg: Kappenberg. Augsburg: Stoll. Baden-Baden: Bross. Bad Kreuznach: Frank, Wagner. Berlin: Leiser, Selbach, Stiller. Bielefeld: Monopol. Sievert. Braunschweig: Bartels jun., Goldmann. Bremen: Meyer jun., Wachendorf. Bremerhaven: Burmester. Bonn: Schroer. Darmstadt: Brackelsberg, Dielmann. Dortmund: Vogelsang. Duisburg: Hoeselmann. Düsseldorf: Juppen, Prange. Schroer, Selbach. Essen: Grüterich. Flensburg: Alldag. Frankfurt: Fink, Prange. Freiburg i. B.: Hackenjos, Beßer. Giessen: Waldschmidt. Göttingen: Schuh-Ecke Keil. Gütersloh: Kropp, Polthoff. Hagen: Breddermann, Schlathoff. Hamburg: Görtz, Gundlach, Schuh-Kay. Hannover: Gisy Schuh KG, Görtz. Heilbronn: Rauch. Helmstedt: Braun. Herford: Tscheche. Ingolstadt: Dick. Iserlohn: Lütkemeyer. Kaiserslautern: Heine mann, Schneider. Karlsruhe: Bally. Kassel: Schäfer. Kiel: Boos. Köln: Kettner, Kämpgen. Koblenz: Lahr. Konstanz: Gruhmann. Krefeld: Grüterich. Leverkusen: Herkenrath. Lindau: Aicher. Mainz: Dauscher, Dengler. Mannheim: Fritz. Mönchengladbach: Siemes. München: Schuh-Klein, Treter. Münster: Zumnorde. Nürnberg: Novak Duda, Pöhlmann. Oberstorf: Schratt. Oldenburg: Borchers. Osnabrück: Wellmann. Paderborn: Schabsky. Pforzheim: Schöner. Ravensburg: Aicher, Pfening. Remscheid: Mühlen. Rosenheim: Sigl. Saarbrücken: City-Schuh. Schweinfurt: Koszack, Friedrich. Stuttgart: Albeck, Schöpp. Tegernsee: Angl. Trier: Werner. Tullingen: Renz. Tübingen: Gahn. Ulm: Geiwitz. Wiesbaden: Fink, Schaefer. Würzburg: Mohr.

- SCHWEIZ  
 Basel: Fricker, Jonas. Bern: Maikler. Genf: Aeschbach. Lausanne: Gillon-Rey. Lugano: Greco-Sport, Poretti. St. Moritz: Ender-Sport. Zürich: Fein-Kaller.

- OESTERREICH  
 Graz: Stiefelkönig. Innsbruck: Koller. Sorbonne. Klagenfurt: Rex. Linz: Eiler. Salzburg: Denkstein. Wien: Humanic.

